

# Positionspapier Kirche und Staat

*Die JFBE fordern eine klare Trennung von Kirche und Staat im Kanton Bern.*

*Die JFBE erkennen und verstehen die Wichtigkeit von Religion und die lange Tradition des Christentums im Kanton. Die JFBE möchten keineswegs die Abschaffung der Kirche oder gar der Religion. Auch möchten die JFBE die Existenz von Gott weder anzweifeln, noch bestätigen oder uns auf eine andere religiöse Grundsatzdiskussion einlassen.*

*Der Glaube ist etwas Persönliches und individuelles. Es gibt viele Möglichkeiten seinen eigenen Glauben auszudrücken. Die Verwobenheit des Staates mit der Landeskirche wiederstrebt aber der jungfreisinnigen Haltung, in welcher eines der obersten Gebote die Freiheit ist. Jedermann soll sich mit der Frage des Glaubens auseinandersetzen und für sich selbst entscheiden, ob und welche Kirche den eigenen Bedürfnissen entspricht. In diese Frage soll sich der Staat nicht einmischen. Deshalb fordern die JFBE die strikte Trennung zwischen Kirche und Staat.*

## Forderungen

- Um die Trennung zwischen Kirche und Staat sauber vollziehen zu können, bedarf es einer Änderung der Rechtsform der Kirche von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zu einer privatrechtlichen Körperschaft, ähnlich wie andere soziale Dienstleister.
- Die JFBE fordern die Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen aus Gründen einer ungerechtfertigten Doppelbesteuerung.
- Da die Kirchen vom Topf „Kirchensteuergelder“ frei verfügen können, fehlt dem Kanton die Kontrolle über einen Teil der Steuergelder. Dieser Zustand ist untragbar. Die Kirche soll – wie jede andere gemeinnützige Organisation auch – die Finanzbeschaffung via Mitgliederbeiträge oder Spenden selber durchführen.
- Im 17. Jahrhundert sind im Kanton die Kirchengüter in den Kantonsbesitz übergegangen. Im Gegenzug bezahlt der Kanton seit diesem Zeitpunkt den Lohn der Pfarrer. Dass der Staat hierbei zu gewissen Teilen für den Unterhalt der Kirchen als historische Zeitzeugnisse aufkommt sehen die JFBE durchaus ein. Die Entlohnung der darin abgehaltenen religiösen Dienstleistungen soll jedoch unterlassen werden.
- Die JFBE fordern, dass sämtliche staatlich verordneten religiösen Feiertage abgeschafft und mittels Erhöhung der Anzahl Ferientage kompensiert werden.